

Verschwörung des Schweigens

Am 24. März 1976 putschte in Argentinien das Militär. Zehntausende Oppositionelle wurden ermordet – darunter auch Deutsche wie der Student Klaus Zieschank. **Von Elvira Ochoa und Frieder Wagner**

Die Militärdiktatur in Argentinien währte von 1976 bis ins Jahr 1983. In dieser Zeit wurden von den ultranationalistischen und -rechten Militärs 30.000 Menschen ermordet – darunter mehr als 100 Deutsche bzw. Deutschstämmige. Das Auswärtige Amt und die deutsche Botschaft in Buenos Aires retteten keinen von ihnen. Den inzwischen freigegebenen Protokollen zufolge hat die Auslandsvertretung nach dem Putsch der Militärs von Ende März bis August 1976 mehrere Gespräche mit den argentinischen Behörden wegen der deutschen Verschwundenen geführt. Jörg Kastl, der damalige Botschafter in Buenos Aires, der Anfang 2014 starb, hat den Autoren schon im August 2002 in einem Interview einen Eindruck vom Charakter dieser Unterredungen vermittelt: »Ich weiß noch, eines Abends saß ich mit der Frau eines Generals zusammen bei einem Gläschen Sekt, und sie sagte: ›Sie fragen die ganze Zeit, Herr Botschafter, nach verschwundenen Deutschen. Geben Sie es auf, wir haben uns geschworen, wir werden nie ein Wort von dem sagen, was wir tun oder was wir getan haben, geben Sie es auf!‹ Es war in der Tat eine Verschwörung des Schweigens. Und sehr gut exekutiert, kann ich nur sagen.«

Der Putsch vom 24. März 1976 war keine Überraschung. Wenn man die politische Landkarte der 70er Jahre betrachtet, wurden damals in Südamerika auch andere demokratisch gewählte Regierungen durch brutale Diktaturen ersetzt: in Brasilien 1964, in Chile und Uruguay 1973. In Argentinien war im Frühjahr 1976 offenkundig, dass es nach dem Putsch die wesentliche Aufgabe der Militärregierung sein sollte, die von den ausländischen Kreditgebern diktierten drastischen Wirtschaftsmaßnahmen gegen jeden Widerstand durchzusetzen. Dies war nur mit Hilfe der Suspendierung von demokratischen Rechten und der Verletzung von Menschenrechten zu erreichen. Schon am 23. Oktober 1975 hatte der spätere Juntachef, General Jorge Videla, angekündigt: »Wenn es notwendig ist, Frieden im Land zu erreichen, dann müssen alle im Wege stehenden Personen sterben.«

Nach dem Umsturz schickte die Junta als erstes die gewählte Präsidentin Isabel Perón ins Exil. Die Wirtschaft wurde wieder zugunsten ausländischer Investoren und multinationaler Konzerne umgebaut. Wirtschaftsminister José Alfredo Martínez de Hoz – zuvor Anwalt bei Siemens Argentina – verordnete 1976 die Rückgabe von Siemens Argentina, das wegen Steuerhinterziehung von der Regierung Perón verstaatlicht worden war, an den deutschen Mutterkonzern. Eine großzügige Entschädigung in Höhe von rund neun Millionen D-Mark kam dazu. Weitere wirtschaftliche Maßnahmen waren: niedrige Löhne, drastische Kürzungen im Sozialhaushalt, fristlose Entlassungen und die Austrocknung der einheimischen Industrie durch Abschaffung der Schutzzölle. Der Gewerkschaftsanwalt Hector Recalde über die damaligen Ereignisse: »Eine der ersten Maßnahmen war, die Gewerkschaften zu verbieten und das Streikrecht abzuschaffen. Die wenigen Streiks, die es noch gab, wurden blutig niedergeschlagen; Gewerkschaftsleute wurden umgebracht oder verschwanden. Es ist für uns eindeutig bewiesen, was hier bei ›Mercedes Benz‹ und ›Ford‹ passiert ist: In Komplizenschaft mit der Diktatur haben diese ausländischen Firmen ihre eigenen oppositionellen Arbeiter an die Militärs ausgeliefert und so buchstäblich zum Abschluss freigegeben.« Auch die Mittelschicht musste bei

diesem Kurs zugunsten des Monopolkapitals große wirtschaftliche Opfer bringen.

Vor dem Betriebstor verhaftet

Den Militärs reichte es nicht, demokratische Freiheiten außer Kraft zu setzen, eine ganz neue Qualität der Repression war ihrer Ansicht nach notwendig, damit quer durch die Gesellschaft die Menschen vor Angst paralytisch wurden. So kam es zu dem »Verschwindenlassen von Menschen«. General Ibérico Manuel Saint-Jean, Gouverneur der Provinz Buenos Aires, erläuterte 1977 die Strategie: »Zuerst werden wir die Subversiven töten, dann die Kollaborateure, danach die Sympathisanten und zum Schluss die Lauen.« Diese Repressionsmethode des »Verschwindenlassens« war von den Nazis erfunden und von den argentinischen Militärs übernommen worden.

Unter den 100 deutschen Verschwundenen waren die Pastorentochter Elisabeth Käsemann und der Student Klaus Zieschank die bekanntesten Fälle. Zieschank, der in München Maschinenbau studierte, freute sich nach dem guten Bestehen seines Vordiploms auf die Ferien in Buenos Aires. Wie schon öfters machte er dort ein Praktikum – dieses Mal bei der Maschinenfabrik Buxton. Zwei Tage nach dem Putsch warteten bei Schichtwechsel drei Limousinen vor dem Tor der Firma. Als der Student aus der Fabrik kam, wurde er mit einem anderen jungen Arbeiter von Bewaffneten in Zivil verhaftet.

Seine Mutter, Lehrerin an einer deutschen Schule in Buenos Aires, erzählte uns während unserer Recherchen für einen deutschen Fernsehsender, dass sie ihren Sohn am selben Tag noch einmal gesehen habe. Die Entführer hätten ihn eine halbe Stunde nach der Verhaftung zu ihr in die Wohnung gebracht. Sie habe die Tür geöffnet, als sie den Schlüssel im Schloss hörte, und laut aufgeschrien, denn in der Tür stand ihr Sohn, bleich wie eine Statue, mit gefesselten Händen und um ihn herum die Männer mit den schussbereiten Gewehren. Als die verzweifelte Mutter fragte, was man ihrem Sohn vorwerfe, bekam sie zur Antwort: »Por algo será« – um irgend etwas werde es sich schon handeln.

Hansi Pfeiffer, ein Schulfreund von Zieschank



Maschinenbaustudent Klaus Zieschank setzte sich in den 70er Jahren in München aktiv gegen Menschenrechtsverletzungen in Argentinien ein. Während eines Besuchs des Landes wurde er festgenommen und ermordet



Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher verfolgte eine Politik des Arrangements mit der Militärdiktatur in Argentinien. Die Mutter der »Mütter der Verschwundenen« (1983 in Bonn)

in Buenos Aires, erklärte uns, was dieser Ausdruck bedeutete: »Wir wussten natürlich, was dieses ›irgend etwas‹ heißt: Damit gemeint waren die Ideen unserer Jugendbewegung in den Jahren 1972/73, als in Chile der Sozialist Salvador Allende regierte. Da war es fast eine Pflicht für jeden von uns, zu einer dieser Bewegungen zu gehören, die auch für unsere Länder eine bessere Gesellschaft anstrebten. Vielleicht war das ein wenig romantisch von uns, aber damals hatten wir die Idee, dass wir die Gesellschaft verändern könnten.«

Und Patricio Handl, ein Studienfreund in Deutschland, sah das ähnlich: »Klaus war wie wir alle ein Kind dieser Zeit des Aufbruchs. Wir wollten uns engagieren, gegen die vielen Ungerechtigkeiten, gegen die Menschenrechtsverletzungen. Wir haben in verschiedenen Städten Deutschlands ›lateinamerikanische Studentenverbände‹ gegründet und eine Menge Veranstaltungen durchgeführt, Konzerte mit Geldsammelungen für die Menschen in Chile. Wir haben auch die Menschenrechtsverletzungen in Argentinien angeprangert. Wir hatten die Vorstellung, man könnte tatsächlich etwas verändern. Aber was wir uns damals überhaupt nicht vorstellen konnten, war, dass durch dieses Engagement eine Gefahr für Leib und Leben entstehen könnte für jemanden wie Klaus oder für irgendeinen von uns.«

Als die Paramilitärs nach etwa einer halben Stunde die Wohnung von Frau Zieschank wieder verlassen hatten und ihren Sohn brutal die Treppe hinunterstießen, verständigte die Mutter sofort die deutsche Botschaft. So erfuhr Botschafter Kastl von dem Fall: »Und dann kam sehr bald eine Frau, mit der meine Frau vor dem Krieg in Deutschland in die Schule gegangen war: Frau Zieschank – entsetzt. Sie sagte: ›Die Militärs waren da und haben meinen Sohn mitgenommen. Tun Sie etwas!‹ Und wir haben alles versucht, den Sohn zu finden.« Aber es war wie eine Suche im dunkeln.

Einen Monat nach seiner Verhaftung konnte Klaus Zieschank durch die Studentin Anita Jaroslawsky ein Lebenszeichen von sich geben. Die

junge Frau war als eine von 15 »verschwundenen« Franzosen im gleichen Konzentrationslager wie Zieschank inhaftiert, wurde aber auf Druck des französischen Außenministeriums befreit. Sie lebt heute in Paris. Sie erzählte uns: »Nach wenigen Tagen in diesem Lager brachte uns ein junger Mann etwas zu essen und Wasser. Ich dachte zuerst, er gehöre zu den Militärs, bis er in einem bestimmten Moment zu mir sagte, dass er auch ein Gefangener sei. Ich fragte ihn, warum er frei herumlaufen könne, ohne die Augen verbunden zu haben. Er sagte mir, er sei schon einen Monat da, er studiere in München, und er sei gekommen, um seine Familie zu besuchen, und er heiße Klaus Zieschank.«

Träge Bundesregierung

Nachdem Frau Jaroslawsky befreit worden war, ging sie sofort zum französischen Konsulat in Buenos Aires und machte dort eine Aussage. Sie wies ausdrücklich daraufhin, dass es eile, weil Zieschank mit Sicherheit zum Tode verurteilt worden sei, da er keine Augenbinde mehr trug. Sie bezeugte, dass der zuständige Konsul George Bataille in ihrem Beisein das deutsche Konsulat verständigt habe. Zwei Tage später konnte Anita Jaroslawsky Argentinien verlassen und nach Paris zurückkehren.

Was aber tat die Bundesregierung für Zieschank? Die Mutter sagte uns, Bonn habe gar nichts unternommen, jedenfalls nicht, als ihr Sohn noch lebte. Dem widersprach in unserem Interview Botschafter Kastl vehement: »Wir haben uns fast jeden Tag um das Schicksal von Zieschank zu kümmern versucht. Es ist in diesem Falle aber sehr deutlich geworden: Wer in einem solchen Spannungsfeld in die Schusslinie eines Schießplatzes kommt, der ist in Gefahr. Und der gute Zieschank war zweifellos beteiligt an den, sagen wir mal, anarchistischen oder linksterroristischen Aktivitäten, die die Militärs zu bekämpfen sich vorgenommen hatten.«

Weil die Botschaft nur leere Versprechungen abgab, flog Frau Zieschank Anfang Juli 1976 in die Bundesrepublik. Mit Freunden ihres Sohnes



PICTURE-ALLIANCE / PETER POPP

Argentinien. Um dort verschwundene deutsche Linke kümmerte er sich nicht (mit Maria Adele Gard de Antokoletz,

begann sie in Bonn einen Hungerstreik, um über die Öffentlichkeit die Bundesregierung auf das ungeklärte Schicksal ihres Sohnes aufmerksam zu machen und Druck auszuüben.

Am 7. Juli schrieb Bundeskanzler Helmut Schmidt (SPD) einen Brief an General Videla und bat um Aufklärung im Fall Zieschank. Der Inhalt des Briefes war höflich fragend, die vielen Beweise für die Verhaftung des Deutschen wurden nicht erwähnt. Die Antwort des Generals ließ auf sich warten. Aus dem Auswärtigen Amt hieß es damals, es herrsche »Verbitterung« über das Schweigen aus Argentinien. Diese Gemütslage belastete die wirtschaftlichen Beziehungen aber keineswegs. In derselben Woche, als die »Verbitterung« aus Bonn geäußert wurde, wurde bekannt, dass der Internationale Währungsfonds, in dem die deutsche Regierung über ein entscheidendes Stimmrecht verfügte, der Militärdiktatur in Argentinien den größten Kredit zugesprochen hatte, der bis dahin jemals einem Land in Südamerika gewährt worden war.

General Videla antwortete auf den Brief des Bundeskanzlers fast zwei Monate später. Dabei behauptete der Juntachef zwar, dass Zieschank niemals vom argentinischen Militär entführt worden sei. Andererseits gab der General so viele Details über angebliche Aktivitäten Zieschanks bekannt, dass man nur staunen kann, wie umfassend er über den Studenten unterrichtet worden sein muss.

Drei Monate nach seiner Verhaftung konnte Zieschank noch ein zweites Lebenszeichen an die Außenwelt gelangen lassen, erneut durch einen freigelassenen Mitgefangenen. Freunde des Ingenieursstudenten brachten diesen jungen Mann nach Bonn zu einer Pressekonferenz. In der »Tagesschau« kam am Abend folgender Bericht: »In Bonn forderte heute die Gefangenenhilfsorganisation Amnesty International die Bundesregierung auf, sich energisch für den seit Monaten in Argentinien verschollenen Deutschen Klaus Zieschank einzusetzen. Dabei wurde, aus Sicherheitsgründen verhüllt, ein Argentinier vorgestellt, der nach eigenen Angaben zusammen mit Klaus Zieschank Gefangener des argentinischen

Geheimdienstes war. »Ja, ich habe Zieschank gesehen und mit ihm gesprochen«, sagte der Argentinier. Der Gesundheitszustand Zieschanks sei schlecht. »Einige Gefangene seien gefoltert worden.« Die argentinische Regierung habe bisher behauptet, sie wisse nicht, wo Zieschank sich aufhalte.

Dieser Mitgefangene hatte Funkkontakte mit-hören können, in denen sich die Soldaten mit »Kommando 128« gemeldet hatten. Dazu Bischof Helmut Frenz, damals Vorsitzender von Amnesty International Deutschland: »Uns war klar, dass wir jetzt mit diesem Lebenszeichen unbedingt die deutsche Politik in Gang setzen mussten. Wir erbaten ein Gespräch im Auswärtigen Amt. Wir bekamen es auch und haben mit Staatsminister Karl Moersch sprechen können. Frau Zieschank hat mit bewegenden Worten versucht, Herrn Moersch das Schicksal ihres Sohnes nahezubringen.« Die Reaktion des Staatsministers war typisch für das gesamte Auswärtige Amt in dieser Zeit: Man dürfe sich nicht in die inneren Angelegenheiten eines souveränen Staates einmischen, man könne allenfalls diplomatisch auf stillem Wege intervenieren, sagte der Staatsminister. »Aber bitte keine Öffentlichkeitsarbeit, Frau Zieschank«, sagte er sinngemäß. »Sie fahren jetzt zurück, aber bitte, Sie schweigen, sagen nichts über das, was wir hier besprochen haben und was wir tun können.« Frau Zieschank und ich waren empört über dieses: dass wir uns zurückhalten sollten, dass wir nichts mehr tun, sondern es in den Händen des Diplomaten belassen sollten. Da fühlten wir uns in der Tat vollkommen verlassen. Frau Zieschank hat dementsprechend auch ge-weint«, erinnerte sich Helmut Frenz.

Genscher war gut informiert

Nach ihren vielen Bittgängen zu den Behörden sagte Frau Zieschank uns: »Das Auswärtige Amt unter Hans-Dietrich Genscher (FDP) hat sich um nichts gekümmert, und ich glaube, das ist einer der grundlegendsten Fehler, die damals begangen wurden, dass man sich nicht auf die Situation eingestellt hat. Was wurde denn von Deutschland

aus unternommen, um zu helfen? Freundliche Worte. Fragen: »Sagen Sie uns, was wir machen sollen?« Wir sagten, wir sind keine Diplomaten, die diplomatischen Wege müssen Sie wissen. »Ja, wir haben schon, wir machen alles auf eine stille Art«, antworteten uns die Diplomaten. Ja gut, machen Sie es auf eine stille Art, aber es müssen irgendwann einmal Resultate folgen. Wenn es keine Resultate gibt, dann muss man die Taktik ändern.«

Enttäuscht von der Tatenlosigkeit des Amtes, kehrte Frau Zieschank nach Buenos Aires zurück. Eines hatte sie nie erfahren: Während sie verzweifelt ihren Sohn suchte und im Hungerstreik war, wusste Genscher längst, was mit ihrem Sohn passiert war. Dazu sagte Botschafter Kastl in unserem Interview: »Ich habe dann im Sommer auf einem anderen Wege, den ich damals nicht bekanntgeben konnte, erfahren: Zieschank ist tot. Damals habe ich einen Geheimerlass bekommen, von Genscher unterschrieben: Wir wissen, Zieschank ist tot, und diese Nachricht haben Sie bei sich zu behalten, auch unter Androhung Ihrer sofortigen Abberufung. Ich weiß bis zum heutigen Tage nicht, woher Genscher das hatte.«

Damit wird klar: Genscher hat wiederholt den Bundestag und die deutsche Öffentlichkeit belogen, wenn er behauptete, vom Schicksal Zieschanks nichts zu wissen. Eine Verschwörung des Schweigens auch von Seiten der Bundesrepublik? Etwa um die Geschäfte mit der Junta nicht zu stören? 1977 verhängte der US-amerikanische Präsident James Carter wegen Menschenrechtsverletzungen ein Waffenembargo über Argentinien. Danach wurde die Bundesrepublik zum Waffenlieferanten Nummer eins des lateinamerikanischen Landes. Die Auflistung dessen, was von Deutschland geliefert wurde, ist erschreckend: zwei Atomkraftwerke, sechs U-Boote, zehn Fregatten, 220 mittelschwere Panzer auf der Basis des »Marder«, 300 Schützenpanzer, 187 Zwillingskanonen, 20 Radarsuchköpfe für »Exocet«-Raketen, die 1982 im Falkland-Krieg zwischen Argentinien und Großbritannien ihre furchtbare Anwendung fanden – ein Auftragsvolumen von mehreren Milliarden Mark. Allein Mercedes Benz produzierte in seiner Niederlassung bei Buenos Aires Tausende »Unimogs« für die Militärs.

Der argentinische Menschenrechtler und Friedensnobelpreisträger Adolfo Pérez Esquivel sagte uns zu diesen Waffenlieferungen: »Auf meinen Reisen in die Bundesrepublik habe ich immer wieder gefragt, wie es möglich ist, dass sogenannte demokratische Länder Waffen an Diktaturen liefern, die diese zum Mord an ihrer eigenen Bevölkerung benutzen. Mit den Folgen der Verschwundenen, Toten, Gefolterten und Gefangenen, was große, schwer heilbare Wunden in der Bevölkerung hinterlassen hat. Wir sind nicht gegen den Wirtschaftshandel«, ergänzte Pérez Esquivel. »Man muss nur wissen, was man handelt.«

Dubioser Mittelsmann

Den Vorwürfen der Angehörigen von deutschen Verschwundenen, die Diplomaten in der deutschen Botschaft in Buenos Aires hätten zu wenig für die verschleppten Kinder getan und sogar mit der Militärjunta zusammengearbeitet, hat das Auswärtige Amt immer widersprochen. Doch im März 1999 musste es öffentlich zugeben, dass in der Zeit der argentinischen Militärdiktatur in der deutschen Botschaft ein gewisser »Major Peyrano« vom argentinischen Geheimdienst tätig war. In einer Verlautbarung des Amtes heißt es zu dieser Affäre: »Die wichtigste Aufgabe der Botschaft in Buenos Aires während der schwierigen Zeit der Militärdiktatur bestand darin, sich mehr als sonst um Körper und Seele der Deutschen und Deutschstämmigen zu sorgen.« Darum und »weil man alles nur Mögliche« für die Verschwundenen und ihre Angehörigen habe tun wollen, sei Peyrano im Herbst 1977 »als Verbindungsmann in die Botschaft geholt worden«. Dieser hatte ein Büro in der Botschaft, hat alles, was er bei seinen Gesprächen dort von den betroffenen Angehörigen erfahren konnte, sofort an seine Vorgesetzten in den Folterzentren des argentinischen Geheimdienstes weitergegeben. Das gab er in einem Interview offen zu, das wir für den WDR mit ihm geführt haben: »Bevor ich zu solchen Treffen ging, holte ich mir vom Geheimdienst alle Informationen über jeden der Betroffenen. Mit diesen Informationen des Geheimdienstes konnte ich feststellen, wie der-

jenige verschwunden war und warum. Danach sprach ich mit den Verwandten, um die Situation zu klären oder, besser gesagt, damit ich Klarheit gewinnen konnte.« Denn die Aufgabe des Majors war erschreckend eindeutig: »Ich war Chef einer bestimmten Zentralabteilung des Geheimdienstes und hatte die Aufgabe herauszufinden, wer Marxist war und in welcher Organisation er arbeitete. Danach wurde eine Art Urteil gefällt, ob er umgebracht werden sollte oder nicht. So wie eben politische Entscheidungen in dieser Zeit über die Menschen getroffen wurden. Verstehen Sie?«

Waren die Entführten zum Tode verurteilt, wurden sie in den meisten Fällen von einem Flugzeug aus – betäubt, aber noch lebend – ins Meer geworfen. Am 27. Mai 1976 wurden am Strand von La Plata südlich von Buenos Aires zwei Leichen gefunden. Sie waren mit Draht aneinandergefesselt. Einer der Toten wurde als Klaus Zieschank identifiziert, aber dann anonym verscharrt. In einer Akte, 1984 gefunden, ist der Ort Ezpeleta in der Provinz Buenos Aires benannt: Die beiden Leichen wurden später im Grab Nummer 54 auf dem Friedhof des Dorfs gefunden. So konnte Frau Zieschank nach Jahren wenigstens den Leichnam ihres Sohnes beerdigen.

Botschaft trägt Mitverantwortung

Im August 1977 sah das Auswärtige Amt sich veranlasst, mittels Presseerklärung zu betonen, die Bemühungen um die Freilassung verschwundener Deutscher würden »mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln« fortgesetzt. Was die »zur Verfügung stehenden Mittel« betrifft, muss man fragen: Hat die Regierung etwa hart und selbstbewusst reagiert, um das Leben ihrer Staatsbürger zu schützen? Hat sie zum Beispiel ihren Botschafter zurückgerufen? Einen Krisenstab gebildet? Einen Sonderbeauftragten entsandt? Mit Folgen für Wirtschaft oder Währungsfonds gedroht? Nichts dergleichen geschah.

Rechtsanwalt und Menschenrechtler Konstantin Thun forderte 2002 deshalb nachdrücklich eine eingehende Untersuchung der damaligen Vorgänge. In unserem Film »Todesursache Schweigen« beklagte er: »Eine politische Aufarbeitung der skandalösen Vorgänge um die verschwundenen Deutschen und Deutschstämmigen in der argentinischen Diktatur zum Beispiel durch die Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses steht immer noch aus.«

Frau Annemarie Zieschank starb, verbittert und von der Bundesrepublik enttäuscht, 1999 in Buenos Aires. Sie sprach bis zuletzt »von der Mitverantwortung der deutschen Botschaft und des Auswärtigen Amtes am Tod ihres Sohnes«. Sie war davon überzeugt, dass es sich im Fall ihres Sohnes »um unterlassene Hilfeleistung mit Todesfolge gehandelt hat«.

Die argentinische Presse spricht im Zusammenhang mit den Verschwundenen von dem dunkelsten Kapitel in der Geschichte Argentinien. Es ist aber auch ein ganz dunkles Kapitel in der diplomatischen Nachkriegsgeschichte der Bundesrepublik. Denn die meisten Fälle der über 100 verschwundenen Deutschen bzw. Deutschstämmigen blieben bisher ungeklärt und ungesühnt.

Filmographie

Zwischen 1983 und 2003 erschienen vier Dokumentationen über den »schmutzigen Krieg« in Argentinien unter der Militärdiktatur und die bundesdeutschen Verwicklungen

- »Klaus Zieschank – verschwunden in Buenos Aires«,
- »Elisabeth Käsemann – dass du zwei Tage schweigst unter der Folter«
- »Todesursache Schweigen«
- »Verschwörung des Schweigens«

Zwei dieser Filme und zusätzliche Texte sind enthalten im Band 8 der »Bibliothek des Widerstands«: »Dass du zwei Tage schweigst unter der Folter«, Laika-Verlag, Hamburg 2010, 24,90 Euro, auch im iW-Shop erhältlich

■ Frieder Wagner ist Journalist und Filmemacher sowie Träger des Europäischen Fernsehpreises und des Adolf-Grimme-Preises. Elvira Ochoa promovierte an der Kunstakademie von Cordoba/Argentinien und ist Koautorin der meisten von Wagners Filmen.